

**Kleine Anfrage der Fraktion der CDU****Landesstrategie und Senatskommission zur  
Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt auf dem Prüfstand von  
Transparenz und Wirksamkeit**

Die Arbeitsmarktlage für Frauen im Land Bremen ist seit Jahren und im Vergleich der Bundesländer unverändert prekär. Höchste Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten, Erwerbstätigenquote von Bremerinnen deutlich unter dem bundesweiten Niveau von Frauen, klaffende Lücken zwischen weiblichen und männlichen Einkommen in diversen Berufen und Branchen, überdurchschnittlich häufig weibliche Beschäftigte in Teilzeit und Minijobs. Seit 2022 verfolgt der Senat mit der Landesstrategie „Gendergerechtigkeit im Erwerbsleben und Entgeltgleichheit“ das Ziel, die strukturellen Nachteile von Frauen auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen zu reduzieren. Ohne jeden messbaren Erfolg. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit wirft erhebliche Fragen zur Transparenz und Wirksamkeit dieser Strategie auf.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hatte bereits mit der Großen Anfrage zur Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Land Bremen mit Drucksache 21/1317 hinterfragt, ob die verausgabten Steuergelder für die erwähnte Landesstrategie und die sogenannte Senatskommission für Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die seit April 2024 eingesetzt ist, tatsächlich bei Bremerinnen im erwerbsfähigen Alter als echte Lebenshilfe im Sinne guter Ausbildung und Arbeit ankommen. Die mit Drucksache 21/1377 vorgelegten Antworten des Senats sind mehr als enttäuschend: viele Strategien, Arbeitsgruppen und Programme mit viel Prosa statt konkreter Zielvorgaben und klarer Bilanz tatsächlicher Fortschritte. Die (Nicht)Antworten des Senats beinhalten viele Maßnahmen aber kaum messbare Ergebnisse, unklare Zielerreichung der Strategie, lange Laufzeiten von Projekten ohne sichtbaren Fortschritt, Schwerpunktsetzung auf Studien und Koordination statt auf konkrete Reformen, fehlende Erklärungen der Ist-Situation, Verschiebung von Verantwortung auf Dritte. Zusammengefasst: zu viele Worte, zu wenige Taten! Auch die Rolle und Zuständigkeit der erwähnten Senatskommission bleibt unklar, die allgemeine Beschreibung der Sitzungen lässt Transparenz und Ergebnisse vermissen, quantitative Ziele der Kommission bleiben offen

und Hinweise auf Evaluation fehlen. Somit bleibt auch der mögliche Einfluss dieser Kommission auf konkrete Arbeitsmarktpolitik völlig im Dunkeln.

Die Senatsmitteilung (Drucksache 21/1377) enthält als Antwort auf drängende zentrale Maßnahmen und Handlungserfordernisse zu oft bloße Prozessbeschreibungen und Ankündigungen sowie zahlreiche typische Ausweich- und Verwaltungsformulierungen: 39-mal „soll/soll geprüft werden“, 28-mal „wird geprüft“, 17-mal „wird begleitet“, 14-mal „wird erarbeitet“, 14-mal „im Prozess“, zwölfmal „im Rahmen“, elfmal „in Abstimmung“, viermal „wird beobachtet“. Der Senat formuliert Maßnahmen häufig im Konjunktiv – vieles soll (wann auch immer) passieren, aber wenig ist tatsächlich umgesetzt. Der Senat prüft über Jahre ohne konkrete Entscheidungen. Der Senat verweist auf Konzepte, die (wann auch immer) noch erarbeitet werden sollen. Der Senat verweist auf Abstimmungen und Gespräche intern und mit Dritten, übernimmt aber keine klare Verantwortung. Der Senat verweist überwiegend auf bereits bestehende Programme, neue Maßnahmen Fehlanzeige. Der Senat beobachtet Entwicklungen, statt aktiv im Hier und Jetzt zu handeln. Der Senat begleitet und unterstützt, gestaltet selbst aber nur sehr begrenzt aktiv. Zudem wird immer wieder auf langfristige Entwicklungen verwiesen; kurzfristige Bemühungen oder Verbesserungen bleiben aus.

Alle diese Ablenkungen von eigener politischer Verantwortung und Vorlage konkreter Ergebnisse und messbarer Fortschritte können und wollen wir im Interesse der arbeitslosen und beschäftigten Frauen so nicht stehenlassen. Die Zeit drängt und fordert entschlossenes Handeln.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

Zur Landesstrategie

1. Wie haben sich die Erwerbsquote und die Erwerbstätigenquote von Frauen im Land Bremen seit 2015 jährlich entwickelt? (Bitte getrennt für das Land und die Städte Bremen und Bremerhaven sowie im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und im Vergleich der Stadtstaaten ausweisen.)
2. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus der Tatsache, dass Bremen seit Jahren bundesweit die niedrigste Frauenerwerbsquote aufweist?
3. Wie hat sich der Gender Pay Gap im Land Bremen seit 2015 jährlich entwickelt? (Bitte auch hierzu im Vergleich zum Bundesdurchschnitt und im Vergleich der Stadtstaaten ausweisen.)
4. Welche konkreten Zielwerte hatte sich der Senat bei Beginn der Landesstrategie zur Verringerung der Entgeltlücke und zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen gesetzt?

Welche dieser Zielwerte wurden bislang

- a) erreicht,
  - b) teilweise erreicht oder
  - c) nicht erreicht?
5. Wie viele und welche Unternehmen wurden über die Landesstrategie erreicht; welche strukturellen Defizite ließen sich feststellen und wurden wie verändert?
  6. Welche nachweisbaren Verbesserungen beim Frauenanteil in Führungspositionen sind auf die Landesstrategie und deren Maßnahmen zurückzuführen?
  7. Wie viele Frauen haben in den letzten zehn Jahren im Land Bremen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, an Umschulungen oder Aufstiegsqualifizierungen teilgenommen, und wie viele davon sind anschließend in höher qualifizierte und/oder besser entlohnte Beschäftigung gewechselt?
  8. In welchen zehn Branchen im Land Bremen bestehen die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Entgelt, Vollzeitquote und Führungspositionen, und welche branchenspezifischen Maßnahmen verfolgt der Senat dort?
  9. Wie hat sich das durchschnittliche Arbeitsvolumen (Wochenarbeitszeit) von Frauen im Land Bremen im Vergleich zu Männern seit 2015 entwickelt, und welche Zielwerte verfolgt der Senat für eine Annäherung in welchem Zeitraum?
  10. Der Senat bewertet Beratungsprogramme für Wissenschaftlerinnen als Erfolg. Welche konkreten Karriereschritte, Berufungen oder Leitungspositionen von Frauen lassen sich tatsächlich auf die Landesstrategie und deren Maßnahmen zurückführen?
  11. Welche Haushaltsmittel wurden seit Beginn der Strategie jährlich für deren Umsetzung eingesetzt? (Bitte nach Maßnahmen aufschlüsseln.)
  12. Welche Maßnahmen der Landesstrategie will der Senat künftig aufgrund welcher Evaluation oder Bilanz streichen oder grundlegend verändern, wenn sich deren Wirkung nicht zeigt oder auch weiterhin nicht nachweisen lässt?
  13. Welche konkreten neuen Maßnahmen plant der Senat, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie die Entgeltgleichheit im Land Bremen in den kommenden fünf Jahren messbar zu verbessern?

14. Welche konkreten Zielwerte bis 2030 setzt sich der Senat hinsichtlich
- a) Erwerbstätigenquote von Frauen,
  - b) Gender Pay Gap sowie
  - c) Anteil von Frauen in Führungspositionen?

Zur Senatskommission

15. Welche konkrete Verbesserung für Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt ist unmittelbar auf einen Beschluss der Senatskommission zurückzuführen?
16. Wie erklärt der Senat die Aussage, dass sämtliche Maßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden, obwohl laut Mitteilung in Drucksache 21/1377 zahlreiche Maßnahmen noch nicht begonnen oder noch in Planung sind und damit angebliche Verbesserungen nicht messbar sein können?
17. Welche konkreten politischen Entscheidungen oder Maßnahmen sind aus den Sitzungen der Senatskommission hervorgegangen, die über das bloße „Zur-Kennntnis-Nehmen“ von Berichten, Neubeauftragung von Berichten, Auswertungen, Checklisten und Maßnahmen-Entwürfen hinausgehen?
18. Wie soll das Parlament und auch die Öffentlichkeit nachvollziehen können, welche Positionen und Vorschläge in der Senatskommission von welchen Mitgliedern vertreten wurden, wenn keine Wortprotokolle oder detaillierten Dokumentationen der Diskussionen existieren?
19. Wie stellt der Senat sicher, dass Arbeitsaufträge tatsächlich umgesetzt und kontrolliert werden, wenn diese keine verbindlichen Vorgaben an Ressorts oder an Mitglieder der Senatskommission darstellen und diese keine konkreten inhaltlichen und zeitlichen Zielvorgaben beinhalten?
20. Wie hoch sind die tatsächlichen Personalkosten, Organisationskosten und Sachkosten für Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen und möglicher anderen Aktivitäten der Senatskommission?

Bettina Hornhues, Kerstin Eckardt, Sandra Ahrens, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU